



Haushaltsplan 2010 / 2011 einschließlich des Haushaltssicherungskonzeptes

Reden der Vorsitzenden
der im Rat der Stadt Velbert
vertretenen Fraktionen
in der Sitzung des Rates
am 30. November 2010

Inhaltsverzeichnis:

	<u>Seite</u>
Manfred Bolz, Vorsitzender der CDU-Fraktion	3
Wolfgang Werner, Vorsitzenden der SPD-Fraktion	8
Dr. Esther Krönke, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	12
Julius von Felbert, Vorsitzender der FDP-Fraktion	15
Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE	17
Gerda Klingenuß, Vorsitzende der Fraktion UVB	21
Helmut Stiegelmeier, Vorsitzender der Fraktion SLB	24

Hinweis für alle Reden:

1. Es gilt das gesprochene Wort!
2. Für den Inhalt sind die Fraktionen verantwortlich.
3. Die Rede des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Velbert anders liegt leider nicht vor.

Impressum:

Stadt Velbert
Stabsstelle Kommunikation
Thomasstraße 1
42551 Velbert

Telefon: 02051/262207
Telefax: 02058/262198

eMail: hans-joachim.blissenbach@velbert.de
Internet: www.velbert.de

Manfred Bolz, Vorsitzender der CDU-Fraktion:

Selbstverwaltung statt Überschuldung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Vertreter der Presse, meine Damen und Herren!

Mit der erhofften Verabschiedung des uns vorliegenden Doppelhaushaltes für 2010 und 2011 entscheiden wir nicht nur über die künftigen Ausgaben, sondern ganz dramatisch und grundsätzlich darüber, ob Velbert überhaupt eine eigene Zukunft hat, darüber ob Velbert sich künftig überhaupt selbstverwalten darf!

Dieser Haushaltsplan ist damit mehr als ein Zahlenwerk, er ist unser selbstbestimmter Ausweg und damit einziger Rettungsanker, um die drohende Überschuldung abzuwenden. Für diesen Sparkurs gibt es keine Alternative, so dass wir Politiker vor unpopulären Entscheidungen nicht zurückschrecken dürfen und Verantwortung übernehmen müssen.

Entscheidungsprämissen

Das Haushaltssicherungskonzept sieht die Streichung in einer großen Bandbreite vor. Wir haben daraufhin mit zahlreichen Verantwortlichen von Vereinen, Verbänden und betroffenen Bürgern Gespräche geführt, konsensfähige Kompromisse erarbeitet und sicher auch einige Male kontrovers diskutiert und andere Meinungen vertreten.

Unsere Abwägungsprozesse basieren im Wesentlichen auf Prämissen, welche für die Velberter Bürger und die Entwicklung der Stadt einen besonders hohen Stellenwert haben:

1. Oberstes Ziel ist die weitest gehende Vermeidung von Einsparungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit.
2. Weitere Förderung von ehrenamtlichen Vereinen und Verbänden.
- 3 Die moderate Erhöhung der Grundsteuer B darf nur zeitlich befristet sein.
4. Strukturelle Einsparungen zur langfristigen Konsolidierung, d.h. Aufwands- vor Ertragskonsolidierung.
5. Vermeidung von doppelten Zuschüssen und Förderungen.
6. Eine ausgewogene Verteilung der Sparmaßnahmen in Bezug auf das Stadtgebiet.

Überschuldung abwenden und Velbert gestalten

Das grundsätzliche Ziel unserer Fraktion – die Vermeidung der Überschuldung unter Beachtung der vorgegebenen Prämissen - ergibt sich bei Betrachtung unserer Änderungsanträge zum Haushalt.

Wir wollen, dass Velbert handlungsfähig bleibt, wir wollen auch künftig Themen wie Kinderbetreuung und Bildung ins Zentrum unserer Aktivitäten rücken. Wir wollen eigene Qualitätsstandards festlegen und nicht nur ein Mindestmaß an Pflichtaufgaben umsetzen. Wir wollen unsere identifikationsstarken Schmuckstücke wie das Bürgerhaus in Langenberg und das Schloss Hardenberg in Neviges baldmöglichst wieder für unsere Bürgerschaft öffnen und nutzbar machen. Wir wollen langfristig einen ausgeglichenen Haushalt, um die kommenden Generationen handlungsfähig zu halten.

Wir wollen gestalten und nicht von Dritten verwaltet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Ziele erreichen wir nur, wenn wir dem uns vorliegenden Haushaltsplanentwurf zustimmen. Stimmen Sie ihm nicht zu, übergeben sie die Verantwortung an die finanzaufsichtsführende Behörde – die Bezirksregierung, welche von heute auf morgen Schulen abschließen kann, Bauprojekte stoppen und jegliche Förderung von Vereinen radikal streichen kann. Freiwillige Leistungen wird es dann nicht mehr geben, sondern nur noch die Ausführung und Verwaltung von Pflichtaufgaben ohne jeglichen Gestaltungsspielraum.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Ratskollegen, dafür haben uns die Velberter Bürger nicht in den Rat der Stadt gewählt.

Wir haben versucht, in zahlreichen Gesprächen – fraktionsintern und auch fraktionsübergreifend einen Kompromiss zu erarbeiten, welcher im Rat der Stadt vor allem mehrheitsfähig ist.

Haushaltsplan solide finanziert

Der vorliegende Haushaltsentwurf, den meine Fraktion mit verantwortet, hat ein Gesamtvolumen von 192.220.060 Euro für 2010 und 185.196.200 Euro für 2011 an Aufwendungen im Ergebnisplan festgesetzt. Für das Jahr 2010 verbleibt ein negatives Saldo in Höhe von - 41,2 Mio. Euro und für 2011 ein Defizit in Höhe von – 25,9 Mio. Euro.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Haushaltsplanentwurf ist durchweg solide finanziert. Der CDU Fraktion ist hier besonders wichtig, dass das Konsolidierungsvolumen keine Positionen enthält, die unrealistisch und unsicher sind. Wir danken an dieser Stelle ganz besonders unserem Kämmerer, der hier ein besonders gutes Augenmaß mit Zukunftsblick angewandt hat. Wie gut sein Augenmaß ist, sieht man an dem Gesetzesentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung NRW, wonach unser Haushaltsentwurf genehmigungsfähig wäre. Die Genehmigung kann danach erteilt werden, wenn aus dem Haushaltssicherungskonzept hervorgeht, dass spätestens im letzten Jahr der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung der Haushaltsausgleich nach § 75 Abs. 2 wieder erreicht wird.

Diese geplante Regelung ist jedoch in keiner Weise geeignet, die strukturellen Finanzprobleme zu lösen. Im Gegenteil: sie „verharmlost“ die Lage der Kommunen. Daher bin ich sehr froh, dass wir den Ernst der Lage erkannt haben und vor allem strukturelle Einsparungen zur langfristigen Konsolidierung gesucht und gefunden haben.

Ambivalente Haushaltslage

Der Aufschwung der letzten Monate hat uns zwar noch keine bedeutende Mehreinnahme beschert, trotzdem klingen die Wirtschaftsprognosen für die kommenden Monate ungewohnt günstig, so dass wir guter Hoffnung sind.

Erste Verbesserungen zeigen sich an dem Gemeindeanteil der Einkommenssteuer – wie die November-Steuerschätzung zeigt. Trotzdem ist der Handlungsspielraum nicht größer geworden, denn die Gewerbesteuererträge sind noch immer ein nicht kalkulierbares Risiko für die Verwirklichung des HSK.

Ebenso sind die zu erwartende Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschalen derzeit nicht abzuschätzen und daher nicht eingerechnet.

Stadtentwicklung sichert unseren Standort

Zielorientierte Politik im Bereich der Stadtentwicklung, meine Damen und Herren, macht die Attraktivität unserer Stadt augenscheinlich. Hier möchte ich allem voran das größte Projekt in der Geschichte der Stadt Velbert – das Markzentrum direkt in der Fußgängerzone – nennen, ebenso die Errichtung eines Zentralen Omnibusbahnhofes. Hiervon werden ansässige Unternehmen, Einzelhändler und vor allem Bürger profitieren.

Infrastrukturprojekte bedeuten Arbeitsplätze, sie bedeuten Lohn und Brot. Sie geben Menschen aus unserer Region eine Existenz, sie sichern ihre Zukunft. Investitionen bedeuten die Verbesserung unserer Infrastruktur und sie bedeuten Standortsicherung. Ich brauche hier ja nicht groß auszuführen, wie stark unsere Stadt von dem Lückenschluss der A 44 abhängig ist.

Weitere große Projekte in der Planung bzw. bereits in der Umsetzung werden Velbert helfen, die seit langem geforderte Verbesserung der Innenstadtentwicklung voran zu bringen. Beispielfhaft hier einige der Maßnahmen:

Reaktivierung des ehemaligen Karstadt/Hertie-Standortes, das Beratungszentrum in der Dampfbäckerei, das Ärztezentrum an der Blumenstraße.

Investitionen auf der einen Seite und große Einschnitte auf der anderen Seite. Das muss kein Widerspruch sein.

Einschnitte sind unvermeidbar

Ganz im Sinne der CDU Fraktion liefert – im Rahmen der von uns geforderten neuen Verwaltungsstrukturreform – die Stadtverwaltung ihren Beitrag. 70 Stellen – davon 50 Vollzeitstellen – sollen in den nächsten Jahren eingespart werden, das sind 10 Prozent des städtischen Personals.

Aber meine Damen und Herren, auch wir als CDU Fraktion gehen mit gutem Beispiel voran, indem wir dem Verwaltungsvorschlag folgen und zunächst 10 % der Fraktionszuwendungen

streichen. Weitere Mittel können eingespart werden, wenn Sie unseren Anträgen, freiwillig Pauschalen für Angestellte und Hausfrauen auf ein Minimum zu reduzieren, folgen.

Meine Damen und Herren, mit den zusätzlich im Haushaltsentwurf aufgeführten Kürzungen im Bereich der Klausurtagungen, Fahrtkosten etc. leisten die Ratsfraktionen bereits einen Einsparungsbeitrag von über 20% ab dem Jahr 2011.

Von daher ist die - wie mir berichtet wurde - teilweise polemische Diskussion im Integrationsrat über unseren Antrag auch hier den zur Verfügung gestellten Betrag für selbstbestimmte Integrationsarbeit um 20% zu kürzen, für mich nicht nachvollziehbar.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion würde gern Kürzungen und Belastungen für die Bürger vermeiden, sie würde gern die Mittel für alles Wünschenswerte weiterhin bereitstellen. Nicht nur, weil das gut ankäme, sondern weil wir alle gerne in einer Stadt leben, die prosperiert und mit vielseitigen Angeboten im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich punkten kann.

Leider kann mit populären Einsparvorgaben nicht alles aufgefangen werden, zumindest einen Teil des Konsolidierungsbeitrages müssen wir leider weitergeben. Wir kommen daher nicht umher, in manchen Bereichen Einschnitte vorzunehmen und die Bürgerinnen und Bürger zu belasten.

Steuern und Gebühren

Was Bürger und Unternehmen von kommunalpolitischen Maßnahmen als erstes mitbekommen, das ist die Höhe der Gebühren, der Abgaben und Steuern. Sie sind, insbesondere angesichts überall steigender Preise, von erheblicher Bedeutung.

Andere Fraktionen vermitteln den Eindruck, dass die Haushaltskonsolidierung mehr durch Steuererhöhungen als durch Einsparungen erreicht werden sollte und dies ungeachtet der Tatsache, dass unsere ansässigen Unternehmen mit der Wirtschaftskrise bereits genug gebeutelt waren und teilweise noch sind.

Wir haben uns die Entscheidung über die Erhöhung der Grundsteuer B nicht leicht gemacht, ganz im Gegenteil. Die CDU Fraktion kann dem Vorschlag der Verwaltung nur zustimmen, sofern diese Erhöhung zeitlich befristet ist. Die vorgeschlagene Erhöhung übersteigt in unseren Augen kein moderates Maß. Es handelt sich um eine Steuererhöhung, die alle Velberter Bürger gleichermaßen trifft – vom Mieter bis zum Grundstückseigentümer – und damit als eine gerechte Steuer eingestuft werden kann.

Eine moderate Erhöhung der Vergnügungs- und Hundesteuer, sowie die Einführung der sogenannten „Steuer für bereits auffällig gewordene gefährliche Hunde“ befürworten wir ebenfalls.

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer stand allerdings für die CDU Fraktion in keiner Weise und zu keinem Zeitpunkt zur Diskussion!

Ehrenamt fördern

Die Velberterinnen und Velberter, das ist immer wieder zu sehen und zu spüren, wollen sich einbringen und mitentscheiden. Sie wollen etwas für ihre Vereine in unserer Stadt tun. Und wir, die Politiker, wiederum wollen etwas dafür tun, ehrenamtliches Engagement weiter zu fördern. Bürgerengagement ist unverzichtbar für jedes Gemeinwesen und deshalb tritt meine Fraktion für den Erhalt der Vereins- und Verbandsarbeit und eine solide finanzielle Unterstützung ein. Unsere entsprechenden Änderungsanträge zum Haushalt reduzieren die Kürzungen im Bereich der freiwilligen Leistungen und damit die Förderung von Ehrenamtlern auf ein moderates Maß.

Bürgern reinen Wein einschenken

Wir haben den Bürgern – auch in der Vergangenheit – nie nach dem Mund geredet. Wir fühlen uns der Bürgerschaft dahingehend verpflichtet, weder Drumherum zu reden, noch haltlose Versprechungen zu machen. Das bringt uns nicht weiter und fördert die ohnehin schon große Politikverdrossenheit.

An dieser Stelle möchte ich einige Worte zu der – teils unsachlichen -Grundschuldiskussion verlieren.

Wir sehen unserer Schullandschaft als zentralen Schlüssel einer nachhaltigen und sozial-integrativen Quartiersentwicklung, wo Jugend-, Kultur- und Bildungsarbeit verknüpft werden. Auch wenn die Zahl der Schüler drastisch sinkt - in den letzten 10 Jahren ist die Zahl der Grundschüler von knapp 4000 auf 3000 gesunken - so steigen doch die Anforderungen an unsere Schulen. Sie müssen Raum bieten für neue pädagogische Konzepte, die auch auf die Defizite im Bildungssystem und in den Elternhäusern reagieren. Trotzdem müssen wir gemeinsam beraten, wie die Kosten der Gebäudeunterhaltung den sinkenden Schülerzahlen gerecht werden können. Gibt es Alternativen im Bereich der Gebäudenutzung? Es kann nicht im Interesse von uns allen sein, einfach willkürlich Räume in Schulen abzuschließen und die Unterhaltskosten damit zu reduzieren. Hier fordere ich die Verwaltung auf, im Einvernehmen mit den Schulen, tragfähige Lösungsmodelle zu einem Gesamtkonzept zu entwickeln - welches das ganze Stadtgebiet, alle Schulformen und die zukünftig zu beschließenden Entwicklungen – Stichwort Inklusion, zweite Gesamtschule oder andere Alternativen mit einbezieht.

Wir wollen uns nicht einfach nur zurücklehnen und darauf warten, dass die Schulaufsicht unsere Schulen – wegen fehlenden Schülerzahlen - von heute auf morgen abschließt. Wir wollen die Initiative behalten, bestmögliche Bildungsmöglichkeiten auch zukünftig in unserer Stadt anbieten zu können.

Bildung hat Priorität

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für die CDU Fraktion kann ich ganz deutlich sagen, dass wir in keinsten Weise an der Bildung oder der Ausstattung der Schulen sparen werden. Bildung bleibt auch künftig unser Politikschwerpunkt, sie ist in unserer High-Tech- und IT-Gesellschaft das A und O jeden Fortschritts.

Bei Bildung müssen wir so früh wie möglich ansetzen, um eventuell bestehende Defizite rasch auszugleichen und alle Talente zur Entfaltung zu bringen. Zudem müssen wir es den Eltern ermöglichen, Beruf und Familie zu vereinbaren.

Dafür Kürzungen in anderen Bereichen

Das kostet fraglos Geld, aber Investitionen in unsere Jugend und unseren Standort lohnen sich. Allerdings: Die erforderlichen Mittel sind nur durch eine Umschichtung zu erhalten. Wir können unsere Stadt nur weiterentwickeln, wenn wir Schwerpunkte setzen. Hier ein bisschen fördern und da ein bisschen draufsatteln, dieses Gießkannenprinzip bringt letztendlich kaum etwas. Wir brauchen die große Linie, die wir dann auch konsequent verfolgen. Ein Prinzip, dem die CDU Fraktion in den vergangenen Jahren immer treu geblieben ist.

Ungenutzte Infrastruktur schließen

Meine sehr verehrte Damen und Herren, der demographische Wandel stellt insbesondere in Zeiten knapper Kassen eine große Herausforderung dar: Mit sinkender Bevölkerungszahl steigen die Pro-Kopf-Ausgaben für die Pflege und den Erhalt unserer Infrastruktureinrichtungen. Velbert hat seit 1975 rund 15.000 Einwohner verloren. Unsere Infrastruktur – wie bereits das Angebot an Schulgebäuden – orientiert sich noch an der Einwohnerzahl einer Großstadt. Die CDU Fraktion möchte daher die Krise als Chance verstehen, um insbesondere im Bereich der städtischen Immobilien die erforderlichen Weichen zu stellen.

Ich mache Ihnen dies gerne am Beispiel der Stadthalle in Neviges deutlich: Der Investitionsstau zum Erhalt des heutigen Status-quo- liegt bei 1,5. – 2,0 Mio. € - noch immer nicht barrierefrei und ohne moderne Technik! – und Unterhaltungskosten in Höhe von 75.000 € / Jahr. Im Jahr 2009 haben - sage und schreibe – sieben Veranstaltungen in der Stadthalle stattgefunden. Meine sehr verehrte Damen und Herren, Kosten und Nutzen stehen hier in keinem Verhältnis zueinander. Vor allem nicht unter Beachtung der räumlichen Alternativen im Stadtgebiet!

Bäderlandschaft darf nicht baden gehen

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme nun zu dem heiß diskutierten Thema „Reduzierung von Wasserflächen“.

Die Notwendigkeit möchte ich Ihnen anhand von einigen Zahlen demonstrieren:

Pro Besucher entstehen in Neviges Unterdeckungskosten in Höhe von 5,77 im Jahr 2008 (Velbert Mitte: 3,80 € und Langenberg: 3,90 €).

Dem Vorschlag der Verwaltung, das Nizzabad in Langenberg komplett zu schließen, werden wir uns nicht anschließen. Die CDU Fraktion möchte auch in Zukunft in allen drei Stadtteilen ein Schwimmbad für den Schul- und Schwimmsport erhalten! Das können wir allerdings nur erreichen, wenn wir Wasserflächen reduzieren und Mehreinnahmen generieren.

Somit haben wir die schwere Entscheidung getroffen, dass Lehrschwimmbekken in Nierenhof, jedoch frühestens ab 2012 zu schließen. Wir tragen hier, in Änderung unseres Antrages dem Sachverhalt Rechnung, dass sich die sporttreibenden Vereine und die Schulpflegschaft zusammen setzen wollen, um sich über eine mögliche freie Trägerschaft zum Erhalt des Lehrschwimmbekken zu unterhalten. Wir begrüßen diese Initiative ausdrücklich und sagen bereits heute jede mögliche Unterstützung zu. Unser weiterer Antrag, den Hallenbereich im Nizzabad für den weiteren Schul- und Schwimmsport zu erhalten und lediglich den Freibadbereich mit dem Wellenbekken zu schließen zeigt auf, dass wir die Notwendigkeit sehen, ein ausreichendes Angebot für den Schwimm- und vor allem Schulsport möglichst standortnah vorzuhalten.

Selbstverständlich bleibt unsere Forderung an die Verwaltung und die Stadtwerke Velbert, nach Möglichkeiten zu suchen, das gesamte Bad unter freier Trägerschaft zu stellen, weiterhin bestehen.

Darüber hinaus fordern wir moderate Parkgebühren an den Schwimmbädern, nach Badezeit gestaffelte Eintrittspreise und die Einrichtung einer Rabatkarte, damit Velberter Bürger – im Vergleich zu Auswärtigen – vergünstigte Eintrittspreise erhalten.

Probleme nicht hausgemacht

Unsere finanziellen Probleme, meine Damen und Herren, sind nicht hausgemacht. Sie hängen mit einer langen Wirtschaftsflaute in Deutschland und einem langen Reformstau auf Bundes- und Landesebene zusammen. Doch die Lösung unserer Probleme können wir nicht einfach auf andere Instanzen abwälzen.

Ratsmitglieder in Verantwortung

Denn wir stehen in der Verantwortung! Wir haben für die Standortqualitäten unserer Stadt sowie den sozialen Zusammenhalt und die Lebensqualität in Velbert Sorge zu tragen.

Meine sehr verehrte Damen und Herren, dieser Verpflichtung stellen wir uns, indem wir dem vorliegenden Doppelhaushalt zustimmen und damit unsere Stadt vor der Überschuldung retten. Deshalb kann ich nur an alle Ratsmitglieder appellieren, sich um das Wohl unserer Stadt zu kümmern, parteipolitische Programme außer acht zu lassen, ihrem Wählerauftrag gerecht zu werden, indem Sie dem Haushalt gemeinsam mit der CDU Fraktion und dem Bürgermeister zustimmen. Für die CDU Fraktion möchte ich den Vorschlag des Bürgermeisters aufnehmen und eine namentliche Abstimmung über den Haushalt erbitten. Dies zwingt jedes Mitglied dieses Rates, seine Entscheidung gegenüber den Bürgern öffentlich darzulegen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass trotz umfangreicher Konsolidierungsmaßnahmen Velbert auch in Zukunft nach wie vor eine attraktive Stadt mit viel Lebensqualität ist, der sich die Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin verbunden fühlen werden.

Danken möchte ich last but not least allen Kolleginnen und Kollegen sowie den Verwaltungsmittgliedern, die an der Erstellung des Haushaltsplans mitgewirkt haben, eine Flut von Anfragen beantwortet haben und allen Mitgliedern des Rates, die sich an dieser besonders schwierigen Weggabelung für den richtigen zukunftsweisenden Weg entscheiden werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Wolfgang Werner, Vorsitzenden der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrte Damen und Herren,

Zunächst das Wesentliche auf den Punkt gebracht: Die SPD steht zur dringend notwendigen Konsolidierung der kommunalen Finanzen. Dies muss erstens durch eigene Anstrengungen geschehen. Ohne eine veränderte Politik in Bund und Land, ohne die oft versprochene, aber nie eingehaltene Regel, „wer bestellt der muss auch bezahlen“, also ohne die Einhaltung der Konnexität auf den übergeordneten Ebenen, wird die Gesundung der städtischen Finanzen aber nicht gelingen. Zweitens. Die SPD trägt einen großen Teil der Verwaltungsvorschläge zum Haushalt 2010 mit, einige Punkte lehnen wir aber entschieden ab. Wir fordern Nachbesserungen im Bildungs- und Sozialbereich, beim Ehrenamt, bei der Jugend und bei älteren Menschen. Wir sehen mit Sorge, wenn Velbert sich immer mehr aus der Aufgabe zurückzieht, die Stadt für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv zu gestalten. Sei es bei der Verschlechterung des eh schon schlechten Öffentlichen Personennahverkehrs zwischen den Stadtteilen oder sei es bei der Schließung von Infrastruktureinrichtungen wie dem Nizzabad oder dem Verzicht auf den Ausbau der offenen Ganztagsgrundschule. Wir Sozialdemokraten plädieren für eine geringfügig höhere Belastung aller Bürger über die Grundsteuer, was rund drei Euro pro Person und Jahr ausgemacht, um viele wichtige Projekte und Leistungen nicht zu gefährden, andererseits haben wir Sparvorschläge in einigen Bereichen gemacht, die zu deutlichen Kostenreduktionen führen, wie die Übernahme der Trägerschaft des ÖPNV durch den Kreis Mettmann. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer wurde von uns als Option ab 2013 ins Spiel gebracht, die aber nur dann wirksam werden sollte, falls die finanzielle Schiefelage der Stadt weiterhin so bedrohlich bleiben sollte. Der Haushaltsplan in der neuesten Fassung enthält die Verbesserungen, die durch die neue rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf zugunsten der Kommunen schon beschlossen sind. Die für die nächsten Jahre geplanten Anhebungen sind nicht berücksichtigt, obwohl, z.B. bei der Gewerbesteuer sehr wohl solche unsicheren Verbesserungen eingeplant sind. Die dieses Jahr wirksamen Erhöhungen der Schlüsselzuweisungen betragen rund 300 Mio. Euro pro Jahr für die NRW Kommunen. Sie führen die Verschlechterungen zurück, die die vorherige schwarz-gelbe Landesregierung bei der Grunderwerbssteuer und weiteren Zuwendungen des Landes an die Städte vorgenommen hatte. Leider hat der warme Regen von über 1 Millionen Euro für Velbert nicht dazu geführt, dass die vorher schon geplanten massiven Kürzungen im Sozialen, bei älteren Menschen, bei der Bildung und bei Kindern und Jugendlichen zurückgenommen wurden. Die SPD Fraktion im Rat der Stadt Velbert sieht deshalb keine Möglichkeit, dem vorliegenden Haushalt zuzustimmen.

„*Das dicke Ende kommt noch*“, mit diesem geflügelten Wort leitete Ralf Wilke im letzten Jahr seine Haushaltsrede ein. Das war im März 2009! Seitdem ist viel Zeit vergangen und die Vorhersage hat sich leider erfüllt. Die Finanzen unserer Stadt sind über die Maßen strapaziert. Wäre dies ein hausgemachtes Problem, dann hätte der Rat der Stadt die Chance dies nachhaltig zu verändern. Bundesweit sind die Kommunen die Verlierer der weltweiten Finanzkrise. Der Einbruch der Gewinne bei den Unternehmen in 2009 und 2010 war dabei nur der letzte Tropfen, der das Fass endgültig zum Überlaufen gebracht hat. Der Großteil der Haushaltsprobleme in den Städten und Gemeinden ist nämlich darauf zurückzuführen, dass Bund und Land sich jahrzehntelang der Kommunen bedient haben, um staatliche Aufgaben zu erfüllen, ohne dafür auch genügend finanzielle Mittel zu Verfügung zu stellen. „*Den Letzten beißen die Hunde*“ ist aus Sicht der Kommunen ein treffender Vergleich. Seit dem Regierungswechsel in Düsseldorf hat zu mindestens hier in NRW die neue Landesregierung erkannt, dass es nicht so weitergehen kann wie bisher. Ministerpräsidentin Kraft und Innenminister Jäger wollen den Kommunen in unserem Land helfen. Glücklicherweise hat neben SPD und Bündnis90/ Die Grünen nun, trotz aller Opposition, auch die CDU im Landtag dies eingesehen und es wurde ein gemeinsamer Antrag verabschiedet, den Bund stärker in die Pflicht zu nehmen. Doch noch sperrt sich die schwarz-gelbe Bundesregierung. Vorige Wo-

che brachte diese kommunalfeindliche Haltung den Wuppertaler CDU-Oberbürgermeister Peter Jung dermaßen auf die Palme, dass er einen Vertreter des Bundesfinanzministeriums mit dem Hinweis abkanzelte, „lassen Sie doch den Blödsinn mit der Einkommenssteuer“!

Der Plan, die Gewerbesteuer durch einen Hebesatz zur Einkommensteuer zu ersetzen, wäre ein sehr zweifelhaftes Geschenk. Es führt nicht zu Verbesserungen für Städte wie Velbert, sondern reißt finanziell schwache Gemeinden in einen noch tieferen Abwärtsstrudel. Interessant in diesem Zusammenhang ist übrigens, dass die Bundesregierung selbst von einem Sparhaushalt redet, obwohl aktuell die schwarz-gelbe Regierung weitere 49.000.000.000 Euro neuer zusätzlicher Schulden aufnimmt. Außerdem werden weiterhin, trotz versprochener Konnexität, massiv Lasten an die Kommunen abgewälzt. Deshalb forderte der Städte- und Gemeindebund in der letzten Woche, dass „*der Bundesrat Einspruch gegen das Gesetz einlegt, mit dem die Bundesbeteiligung für die Wohnkosten von Hartz IV-Empfängern für das Jahr 2010 festgelegt wird...*“ Auch die Berliner Kürzungen bei der Städtebauförderung und dem Programm Soziale Stadt bringen und Gemeinden wie Velbert in ernsthafte Schwierigkeiten.

Nun aber konkret zum Velberter Haushalt.

Bürgermeister und Kämmerer waren erst jetzt am Ende des Haushaltsjahres in der Lage, den Haushalt für das laufende Jahr vorzulegen, zusammen mit dem für das Jahr 2011. „Für Velbert **kommt es knüppeldick**“ kann man wohl sagen. Die finanzielle Situation unserer Stadt ist dramatisch. Einschneidende Maßnahmen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger und der Vereine und Verbände in Velbert werden nun Realität, wenn dieser Haushalt heute in der vorgelegten Form verabschiedet wird. Die Infrastruktur in den Stadtteilen und die ehrenamtliche Arbeit vieler Hundert Menschen in Vereinen und Verbänden in dieser Stadt stehen vor einer riesigen Belastung, manche gar vor dem Aus.

Nichtsdestotrotz möchte die SPD-Fraktion Ihnen Herr Bürgermeister Freitag, dem Kämmerer Herrn Lindemann und der Mann- und Frauschaft der Kämmerei für die umfangreiche Arbeit bei der Haushaltsaufstellung danken. Alle Einwendungen sind intensiv abgewogen worden. Wir stimmen nicht mit jedem Ergebnis dieser Abwägung überein, loben aber ausdrücklich die Bearbeitung der Vorschläge.

Wir als SPD-Fraktion haben im Vorfeld versucht, andere Akzente bei der Haushaltsaufstellung zu setzen. Einschnitten beim Ehrenamt und bei der Bildung, im sozialen Bereich, beim Sport und bei der Kultur wollten wir nur eingeschränkt folgen und dafür auch die Einnahmeseite moderat erhöhen. Wir tragen auch die Stellenkürzungen im Haushalt mit, vorausgesetzt, dass auf betriebsbedingten Kündigungen verzichtet wird.

Unsere Vorschläge sind aber bereits im Hauptausschuss von der Mehrheit aus CDU, FDP, Velbert anders und SLB abgelehnt worden. Bei dieser Mehrheit herrschte die Ansicht, dass es besser sei, alle gleichmäßig zu belasten, als auszuwählen. Diese Rasenmähermethode ist es, die dazu führt, dass die SPD, die den Haushalt dieser Stadt in den letzten sechs Jahren zusammen mit der anderen großen Fraktion getragen hat, den Haushalt 2010/2011 nicht mittragen kann, da er nach unserer Auffassung nicht zielgerichtet und ungerecht ist. Der einseitige Blick auf die Ausgabenseite führt zu einer deutlichen Schiefelage. Schon bisher stark belastete Gruppen werden weiter mit dem Rasenmäher beschnitten, das Ehrenamt in Kultur, Sport und Sozialbereich blutet in unserer Stadt aus. Auf die Kürzungsvorschläge der Verwaltung wurden dann von einigen Mitgliedern dieses Rates noch neue Kürzungen draufgesetzt. Eine Kürzung von fünfzig Prozent statt der vorgeschlagenen 20 beim Stadtverband der Velberter Chöre trifft Ehrenamtliche in einem Bereich, der eh schon genug Probleme mit dem Nachwuchs hat. Sieht so die ‚Leitkultur‘ aus? Oder schauen wir uns den Bildungsbereich an. In Bonsfeld und Nierenhof verließ bisher kein Kind die Grundschule, ohne Schwimmen zu können. Dies soll nach Willen eines Langenberger CDU Rats Herrn und seiner Fraktion aber nicht mehr lange so gelten. Er schlug vor, nicht nur das Lehrschwimmbecken zu schließen, sondern möglichst die gesamte Schule. Mit solchen Sparmaßnahmen

verliert unsere Stadt einen Teil der Infrastruktur, die Anreize für Neubürger bietet, nach Velbert zu ziehen. Die Ausweisung von Wohngebieten im aktuellen Flächennutzungsplan hat nämlich noch lange nicht zu ausreichend mehr neuen Einwohnern geführt. Velbert schrumpft weiter. Die von der Ratsmehrheit und der Verwaltungsspitze durch diesen Haushalt in Gang gesetzte Abwärtsspirale wird zu noch stärkeren Bevölkerungsverlusten führen und damit zu weiteren Schließungen von öffentlichen Einrichtungen. Man darf dabei nicht vergessen, dass ein großer Teil der Finanzierung der Städte auf Umlagen anhand der Bevölkerungszahl einer Gemeinde basiert.

Ein Beispiel von vielen für nach unserer Auffassung verfehlte Politik, die mit diesem Haushalt manifestiert werden soll, sei nachfolgend aufgezeigt. Die Ratsmehrheit und der Bürgermeister möchten das Langenberger Freibad schließen. In diesem Stadtbezirk gab es bereits seit 1897 ein Hallenbad, im Rest Deutschlands waren öffentliche Schwimmbäder damals noch fast unbekannt. Diesen Bäderstandort jetzt auf dem Altar der Sparzwänge zu opfern ist nicht in Ordnung, denn, neben der Schließung des Freibads und des Lehrschwimmbeckens in Nierenhof, wird ja de facto auch das Hallenbad geschlossen, wenn es nach CDU, FDP und Velbert anders geht. Denn ‚normale Bürger‘ werden ohne entsprechendes Personal das Bad nicht mehr nutzen können, nur für den Schul- und Vereinssport wird in Zukunft das Nizabad geöffnet sein. Ein ganzer Stadtteil wird abgehängt, er wird weiter überaltern, einzelne Schulen stehen schon jetzt auf der Streichliste. Dann ist es nicht mehr weit, dass neben Grundschulen auch das Gymnasium dem Rotstift zum Opfer fallen soll. Das brachliegende Gelände des geschlossenen Freibades kann übrigens nicht für andere Zwecke wie Wohnungsbau genutzt werden, da dies die Bauleitplanungen ausschließen. Das Gelände muss aber weiter gepflegt, gesichert und unterhalten werden, ebenso stellt sich die Frage was mit dem leeren Becken passiert? Wir glauben daran zu erkennen, dass viele Sparmaßnahmen nicht konsequent durchgeprüft worden sind und als Luftbuchungen eben nicht zu der angegebenen Einsparung führen. Diese falsche Politik lässt sich auch für die anderen Stadtteile aufzeigen.

Alle diese unausgewogenen Vorschläge können und wollen wir Sozialdemokraten nicht mittragen.

Im Bereich der Bildung darf nach unserer Auffassung absolut nicht gespart werden. Heute den weiteren Ausbau der Offenen Ganztagsgrundschule zu stoppen schadet nachfolgenden Generationen und widerspricht dem Strategischen Zielprogramm, welches dieser Rat selbst beschlossen hat. Ebenfalls lehnen wir die Kürzungen bei der Volkshochschule ab, auch Erwachsenenbildung ist ein zentraler Baustein der Bildung, dem einzigen Rohstoff in der Bundesrepublik.

Bei der Neuausrichtung der Kultur in Velbert geht es um eine drastische Kürzung der Mittel. Dies schadet der Entwicklung der Stadt, denn Kultur ist ein wichtiger weicher Standortfaktor.

Die Streichliste der Verwaltung im Sozialbereich ist besonders lang. Das hier an der ein oder anderen Stelle gespart werden kann, ist unbestritten. Aber die nun vorgelegten Kürzungspläne greifen viel zu massiv in die Arbeit der Sozialeinrichtungen ein. Die Streichungen bei den Seniorentreffs, die Kürzungen im Jugendbereich und bei ehrenamtlichen Vereinen, bei den Kirchen, beim VdK, beim DRK und der AWO helfen nicht, den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren, sondern verschieben Ausgaben in die Zukunft. Der vereinsamte Mensch, der keinen Treffpunkt mehr in einer Tagesstätte findet, wird viel eher der stationären Pflege bedürfen, und damit weit höhere Kosten bei schlechterer Lebensqualität verursachen. Die weitgehend von Ehrenamtlichen getragene Arbeit wird damit zerstört. Deshalb ist die SPD gegen jede Kürzung im präventiven Bereich.

Auch der Sport ist von Kürzungen nicht verschont. Viele Vereine sehen sich kaum in der Lage, die Mehrbelastungen zu tragen. Für den einzelnen Sportler bedeutet dies eine hohe Mehrausgabe, die Mitgliedsbeiträge der Sportvereine werden deutlich steigen müssen.

Die Abschaffung der Bezirksausschüsse lehnen wir ab. Nicht weil man dort nicht sparen könnte, nein, wir lehnen die Auflösung ab, weil Velbert nun mal aus drei Städten entstanden ist und vor Ort in den Stadtbezirken die Bürgerbeteiligung noch lebt. In Langenberg und Neviges betrachtet sich der Bezirksausschuss zu Recht als kleines Ortsparlament und die Bürgerinnen und Bürger nehmen das Angebot an. Die vorhergesagten Einsparungen durch die Abschaffung der BZA's werden auch keine echten Einsparungen sein. Denn die Fachausschüsse werden in Zukunft dann öfter tagen müssen, es gibt längere Sitzungen und erreicht ist nichts, außer, dass die Bürgerbeteiligung vor Ort gelitten hat.

Im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs möchten die Sozialdemokraten nicht einfach Linien kürzen, Takte verringern und ganze Linien einstellen, wie bei 171 und 177 bereits geschehen und jetzt beim Nachtexpress geplant. Nein. Wir schlagen vor, diese Aufgaben an den Kreis zu übertragen. Dies spart Personalkosten bei der VGV und bietet die Chance mit einem völlig neuen Konzept zukunftssicheren Nahverkehr in unserer Stadt anzubieten mit guten Verbindungen zwischen den Stadtteilen und den Nachbarstädten und dabei wohlmöglich noch Haushaltsmittel einzusparen. Diese Überlegungen sollen nach den Haushaltsberatungen in die zuständigen Gremien gebracht werden um dies im Detail zu diskutieren und Lösungen zu finden.

In anderen Bereichen hätten wir schon über Jahre viel Geld im städtischen Haushalt einsparen können. Wenn die Verwaltung den damaligen Vorschlägen gefolgt wäre, bereits vor fünf Jahren die marode Nevigeser Stadthalle zu schließen, hätte weder Geld für den Brandschutz ausgegeben werden müssen, noch wären die jährlichen Betriebskosten in Höhe von 75.000 Euro angefallen. Zusammen rund 400.000 Euro, die heute nicht an anderer Stelle gekürzt werden müssten. Wenn übrigens jetzt die Interessengemeinschaft der Nevigeser Vereine oder andere Nevigeser Vereine die Stadthalle übernehmen wollen, so wird sich die SPD nicht dagegen aussprechen, jedoch muss klar sein, dass bei der Übernahme durch Private neben dem Betrieb der Halle auch die Sanierung durch den Verein zu übernehmen ist.

Die SPD Fraktion macht sich Sorgen um die Weiterentwicklung unserer Stadt. Wir waren bisher stolz darauf, eine soziale, familienfreundliche Stadt zu sein. Durch die Kürzungen wird dieser Anspruch aufgegeben. Die Anziehungskraft Velberts für junge Familien sinkt rapide. Neubauf Flächen können nur noch schleppend vermarktet werden und Strategien zur Gewinnung von neuen Einwohnern oder wenigsten zur Erhaltung des status quo laufen ins Leere.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrte Damen und Herren,

die SPD Ratsfraktion anerkennt das Bemühen des Bürgermeisters, bis zur letzten Stunde noch zu einer großen Mehrheit für den Haushalt zu kommen. Unsere Strategie war es, in Zeiten der Krise starke Schultern mehr tragen zu lassen und damit Kürzungen zu vermeiden, die gewachsene soziale Strukturen zerschlagen. Wir sind enttäuscht darüber, dass dies von der Haushaltsmehrheit kategorisch abgelehnt wurde und man stattdessen uneingeschränkt bei der Rasenmähermethode geblieben ist.

Wir hoffen, dass durch die Landesregierung die Situation der Städte in NRW schon kurzfristig und damit auch in Velbert erheblich verbessert wird. Wir würden uns wünschen, dass dies nun auch die Bundesregierung einsieht. Wir hoffen, dass nicht alle negativen Aspekte die gerade aufgezählt wurden wirklich eintreten, aus Sorge um die Zukunft für Velbert. Wir befürchten aber, dass die Kürzungen dazu führen, dass einige wichtige Stützen für den sozialen Frieden in Velbert unwiederbringlich verloren gehen. Velbert wird nach diesem Haushalt tatsächlich eine arme Stadt werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Esther Krönke, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und –kollegen, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, liebe Pressevertreter

Zuerst möchte ich mich bei der Kämmerei für die Ausarbeitung des diesjährigen Doppelhaushaltes bedanken. Das war sicherlich keine leichte Aufgabe.

Bei meiner letzten Haushaltsrede habe ich moniert, dass ich jedes Mal ein Déjà-Vu-Erlebnis hatte, wenn ich die prognostizierte Entwicklung unserer Haushaltssituation gesehen habe. Diesmal wäre ich froh gewesen, ich hätte ein Déjà-Vu gehabt.

Leider ist die finanzielle Schieflage der Stadt so groß, dass es kaum noch etwas ausgemacht hat, zum guten Schluss den Sanierungsstau unserer Immobiliengesellschaft von 10 Mio. € oben drauf zu legen. Ob nun 33 Mio. € Fehlbedarf oder 43 Mio. € macht dann auch keinen großen Unterschied mehr.

Und alle zeigten sich über eine solch schlechte Entwicklung der Haushaltsituation überrascht.

Allerdings kann man sich fragen warum? Denn wenn man in den Jahren, in denen es der Wirtschaft gut geht, man also auf der Einnahmenseite zu einem soliden Ergebnis kommt, das Jahresergebnis immer noch zweistellig im Minus ist, wie das in den letzten 5 Jahren meistens der Fall war - ja was erwartet man dann in schlechten Wirtschaftszeiten? Und wenn dann auch noch die in den letzten Jahrzehnten versäumten Brandschutzmaßnahmen in einem Jahr nachgeholt werden, so ist das nur symptomatisch für viele strukturelle Versäumnisse!

Das führt uns vor Augen, dass wir in den guten Jahren unseren Haushalt nicht richtig aufgestellt hatten, die besseren Wirtschaftsjahre plus die Chance der Umstellung auf das NKF nicht genutzt haben, um die von B 90 / Die Grünen immer wieder eingeforderten strukturellen, nachhaltigen Änderungen in der Stadt und dem Haushalt durchzuführen.

Auch diesmal glänzt das Haushaltssicherungskonzept durch mehr als 100 Einzelmaßnahmen und nicht durch ein wirkliches Konzept. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich meistens um Einsparungen in Bereichen, in denen der Aufschrei der Bevölkerung sich in Grenzen hält.

Oder um Kosten, die auf die Tochtergesellschaften der Stadt abgewälzt werden. Diese Luftnummern werden, wenn man das gesamte Vermögen der Stadt betrachtet, dann etwas zeitverzögert den Haushalt belasten.

Daher lautet das diesjährige Motto meiner Rede: Chance verpasst!

Jetzt werden Sie sich fragen: „Was für eine Chance?“

Wir haben eine dramatische, aber durch die Wirtschaftskrise vermeintlich unverschuldete schlechte Finanzlage. Wobei ich das Wort vermeintlich besonders betonen möchte. Dadurch waren die Bürgerinnen und Bürger auf Kürzungen vorbereitet, wussten, dass wir alle sparen müssen – und jeder akzeptiert Einschnitte, solange er das Gefühl hat, dass alle gleichmäßig bei den Einsparungen in die Pflicht genommen werden.

Das wäre der Moment gewesen, durch gerechte Verteilung der Einsparungen den in vielen Bereichen der Stadt schon lange überfälligen Strukturwandel vorzunehmen und den Haushalt durch solide, nachhaltige Sparmaßnahmen zu sanieren.

Aber was ist schon gerecht, was bedeutet Strukturwandel und was ist solide?

Das möchte ich Ihnen aus unserer Sicht gerne genauer erläutern.

Gerecht bedeutet für uns:

- Wenn nicht nur die Bürgerinnen und Bürger mit einer höheren Grundsteuer belastet werden, sondern auch die Unternehmen mehr Gewerbesteuer zahlen, und beide auch nur so lange, bis wir aus dem tiefen Tal des Nothaushaltes heraus sind.
- Gerecht bedeutet auch, dass nicht nur wir, sondern auch die Verwaltung gleichermaßen den Sparkurs mitträgt. Es kann nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger Ihre Arbeitsplätze verlieren, aber die Verwaltungsspitze nur einen minimalen Stellenabbau anbietet
- Zur Gerechtigkeit gehört unserer Meinung auch, dass man den jungen Familien, die sich durch die bisherige Richtung der Politik auf die vorhandenen und die neu angekündigten OGATA Plätze verlassen haben, nicht alleine lässt.

Unter Strukturwandel verstehen wir:

- Die Stadtbezirke müssen zusammen wachsen, da uns sonst die Ausgaben, sowohl für die Bezirksausschüsse als auch die Kosten für das in jedem von Ihnen aufrechterhaltene Angebot „auffressen“. Das kann man aber nur vertreten, wenn der ÖPNV weiter ausgebaut wird und wir einen ZOB (Zentralen Omnibus Bahnhof) bekommen. Damit ist dann eine schnelle Erreichbarkeit aller Angebote in allen Velbert Stadtbezirken von überall in Velbert aus möglich.
- Man kann nicht Investitionen in die Veranstaltungsgebäude in ganz Velbert tätigen und damit die städtische Verschuldung in großem Maße in Kauf nehmen, aber massive Kürzungen im Kulturbereich durchsetzen und dadurch das kulturelle Angebot immer weiter drastisch zurückfahren – das ist ein Widerspruch in sich.
- Wir haben seit über einem Jahrzehnt den Bedarf an neuen Gesamtschulplätzen und einen Rückgang bei den Hauptschulplätzen. Aber wir bauen eine neue Hauptschule und diskutieren, ob wir uns eine zweite städtische Gesamtschule leisten können.
- Wir vergeben viele freiwillige soziale Leistungen an Vereine und die freien Träger. Was zum Teil in Doppelausgaben endet bzw. man durch Wettbewerb und Vergabe an freiberufliche Unternehmen evtl. günstiger erhalten könnte, ohne das Angebot einschränken zu müssen.

Solide bedeutet nicht:

- Die Umverteilung von Kosten und Belastungen auf die Tochtergesellschaften oder Eigenbetriebe wie die BVG und den KVBV. Dies sind klassische Beispiele für das Prinzip „linke Tasche / rechte Tasche“. Was wir da im Haushalt jetzt einsparen, geht uns im Gesamtkonzern Stadt Velbert auf die eine oder andere Art verloren. Z.B. in Form von weniger Abführungen der Gesellschaften an die Stadt, oder durch den Abbau des Eigenkapitals des Eigenbetriebs, usw. Nur weil wir nicht in der Lage sind, rechtzeitig den mittlerweile vom Land für Ende 2010 eingeforderten Gesamtabschluss für alle Tochtergesellschaften in der nächsten Zeit anzufertigen, fallen diese Luftnummern noch nicht auf.
- Wir verkaufen städtische Gebäude und Grundstücke unter Ihrem Buchwert an private Investoren und übernehmen noch die Planungskosten der Bebauungspläne, oder die Folgekosten der sich daraus ergebenden Änderungen, wie die geplante Schaffung eines geeigneten Platzes für die Verlagerung des Wochenmarktes, wenn das Einkaufszentrum kommt. Nur um die städtebaulichen Träume einiger Lokalpolitiker und des BM zu erfüllen.

Wir haben, rein auf dem Papier, mit diesem HSK unseren Haushalt innerhalb der nächsten 5 Jahre, wie in all' den Jahren davor, aus dem Saldo im Ergebnisplan herausgeführt. Wie hat der Kämmerer sinngemäß bei der Einführung des Haushaltes gesagt: Es ist Ihm egal, wie wir dieses Ziel der Haushaltskonsolidierung erreichen, Hauptsache, wir erreichen es. Und genau danach sieht dieser Haushalt auch aus.

Denn außer 100 Einzelmaßnahmen haben wir für Velbert nichts geändert. Nichts in die richtige Richtung bewegt, keine längerfristigen positive Entwicklungen für die Stadt angestoßen. Von einem Strukturwandel ganz zu schweigen.

Daher können wir diesem Haushalt nicht zustimmen. Und wenn sie jetzt sagen, wir wären eine Fraktion / Partei, die immer nur dagegen ist, dann antworte ich Ihnen: Ja, das stimmt, wenn Sie nie etwas dazulernen und die erforderlichen, strukturellen Veränderungen wie jedes Jahr nicht angehen, wieso sollten wir dann dieses Jahr zustimmen?

Wir haben auch keine anderen Zwänge zuzustimmen wie manch anderer hier: Wir haben den BM nicht mitgewählt, der uns diese finanziellen Luftnummern und Luftschlösser vorschlägt. Auch müssen wir nicht die BZAs unbedingt als Spielwiese der Selbstdarstellung für einige politische Lokalmatadore erhalten.

Vielleicht, wenn sich wieder zeigt, dass die ganzen Einzelmaßnahmen nicht zu dem erwünschten Erfolg führen, wie jedes Jahr, nutzen sie 2012 doch noch die Chance, Konzepte zu entwickeln, die Velbert als Ganzes weiter voran bringen. Dann wären wir sehr froh, dieses mitzugestalten und endlich mal einem Haushalt zustimmen zu können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Julius von Felbert, Vorsitzender der FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

als wir am 30.08.2009 bei der Kommunalwahl von den Velberter Bürgerinnen und Bürgern mit 5 Sitzen in den Rat der Stadt gewählt wurden, war die Freude bei der FDP groß. Das Wahlergebnis drückt für uns Vertrauen aus und stärkt die bürgerliche Mitte in unserer Stadt.

Am Beginn unserer Arbeit trifft uns die überaus schwierige Finanzsituation der Stadt sehr hart. Es war klar, dass wir uns der Verantwortung um die Haushaltssicherung zu stellen haben.

Die eingetretenen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise aus dem Jahre 2008 führen, wie uns der Verwaltungsvorstand nachgewiesen hat, in die Überschuldung.

In diesem Zusammenhang haben wir uns mit der politischen Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung auseinandergesetzt: Aus Art. 28, Abs. 1 und 2 des Grundgesetzes ergibt sich die Bedeutung und Funktion kommunaler Selbstverwaltung. Darin heißt es:

„Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“

Daraus folgt eine institutionelle Existenzgarantie und dies ist eine verfassungsgemäße Absicherung des Fortbestandes dieser Stadt.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert 43 Milliarden EURO für die Sanierung der Haushalte der sich landauf und landab im Nothaushalt befindlichen Städte und Gemeinden. Diese Forderung ist substantiiert und muss vom Bund und den Ländern endlich erfüllt werden.

Darüber hinaus müssen die Kommunen, die in nahezu allen staatlichen Planungen zur Verbesserung der Infrastruktur einbezogen sind, nachhaltig finanziell in die Lage versetzt werden, die vom Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auch herstellen zu können.

Kommunalpolitik ist städtische Entwicklungspolitik mit dem Ziel, den hier wohnenden und arbeitenden Menschen Verbesserung aller Lebensbereiche zu bieten. Es kann nicht sein, dass wir Jahr für Jahr den Menschen in unserer Stadt etwas wegnehmen müssen, weil wir es nicht mehr bezahlen können.

Schauen wir in die Neuen Bundesländer und freuen wir uns an den so wunderbar renovierten und wieder aufgebauten historischen Stadtkernen, Straßen, Bahnhöfen, Bürgen, Schlössern, Theatern, Museen usw. und fragen wir nach, wo bleibt im Westen das Geld für unsere maroden Straßen, und zum Beispiel für das Schloss Hardenberg und das Bürgerhaus Langenberg ? Wir fordern die Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes auch für unseren Lebensraum, auch für unsere Stadt.

Es kann nicht so weitergehen, das wir zur Erfüllung unserer Aufgaben nicht nur kein Geld haben, sondern 67,4 Millionen EURO einsparen müssen.

Die jetzt bevorstehende Beschlussfassung über die Haushalte 2010 / 2011 mit dem Ziel, bis zum Jahre 2017 67,4 Millionen EURO einzusparen, hat unendlicher Beratungs- und Meinungsbindungs-Stunden bedurft, woraus erkennbar wird, wie ernst und verantwortungsvoll die notwendigen Entscheidungen letztendlich getroffen wurden. Die FDP-Fraktion hat in Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen erreicht, dass tragfähige Kompromisse die schmerzhaften Einschnitte in vielen Lebensbereichen erträglicher werden lassen. Sie standen und

stehen unter dem stetigen Bemühen, gewachsene und funktionierende Strukturen möglichst nicht zu beschädigen, sondern zu erhalten, sowie den Verlust von Lebensqualität zu begrenzen.

Um der Verantwortung gerecht zu werden, hat die FDP-Fraktion in einigen Punkten Kompromisse geschlossen. Wichtig war und ist es uns, den Lebensverhältnissen der Jugend eine Zukunft zu geben. Aus diesem Grunde haben wir uns auch der angedachten Schließung von Grundschulen aus finanziellen Gründen widersetzt. Wir unterstützen aber ausdrücklich den Beschluss des Schulausschusses vom 28. Oktober, in dem die Verwaltung aufgefordert wird, ein Konzept zur Anpassung der Schulinfrastruktur im Hinblick auf die zukünftigen Schülerzahlen zu erarbeiten und dem Schulausschuss zur Beratung vorzulegen. Hier ist uns auch der Beschluss dahingehend wichtig, dass nicht die finanziellen Aspekte bei dieser Planung im Vordergrund stehen. Bei den Planungen muss auch die Inklusion berücksichtigt werden, welche uns in der Umgestaltung der Schulstruktur in den nächsten Jahren beeinflussen wird.

Hinsichtlich der Offenen Ganztagschule hätten wir uns den weiteren Ausbau und eine gleichbleibende finanzielle Ausstattung gewünscht. Wir werden diese Anliegen auch im nächsten Jahr nicht aus den Augen verlieren und hoffen, dass wir auf Grund zusätzlicher Einnahmen hier noch Nachbesserungen vornehmen können.

Obwohl die FDP in den letzten Jahren das dreigliedrige Schulsystem unterstützt hat, haben wir in unserem politischen Handeln immer den Elternwillen respektiert und einzelne Gründungen von Gesamtschulen mitgetragen. Da der Elternwille sich in den letzten Jahren sowohl hinsichtlich der Gymnasien als auch hinsichtlich der Gesamtschule sehr klar etabliert hat, unterstützen wir auch die Gründung einer weiteren städtischen Gesamtschule. Hierbei war und ist es uns allerdings wichtig, dass keine bestehenden Gymnasien umgewandelt werden, da sich viele Eltern für diese Schulform entscheiden. Wir begrüßen und unterstützen die Initiative der Hardenbergschule, sich zu einer Gesamtschule zu wandeln. Diesen Weg werden wir positiv begleiten und hoffen, dass er sich auch im Hinblick auf die Finanzen und die Genehmigungsbehörden erfolgreich gehen lässt.

Um eine Mehrheit für die Verabschiedung des Haushaltes zu erreichen, war es notwendig, dass alle Fraktionen, die sich der Verantwortung stellen wollen, auch kompromissfähig sind und Teile mittragen, die ihrer eigenen Politik nicht in vollem Umfang entsprechen. Die Auflösung der Bezirksausschüsse und das damit einhergehende Einsparpotential war für die FDP-Fraktion bereits beschlossene Sache. Nach 35 Jahren Gebietsreform, war uns das Einsparvolumen wichtiger, als das Festhalten an Strukturen, die in der Vergangenheit sicherlich ihre Berechtigung hatten, aber in der Gegenwart die Meinungsbildungsprozesse unnötig verlängern. Unserer Meinung nach sollten die Fachausschüsse in den „Ortsteilen“ tagen, wenn es sich auf Grund der Tagesordnung anbietet. Leider mussten wir erkennen, dass wir für diese Sichtweise keine Mehrheit im Rat bekommen würden und haben uns daher entschlossen, die Beibehaltung der Bezirksausschüsse als Kompromiss mitzutragen.

Viele Punkte in der Sparliste des Kämmers befassen sich mit pauschalen Zuschüssen an Vereine und Verbände, insbesondere im Jugend- und Sozialbereich, die drastisch verringert und sogar teilweise komplett entfallen sollten. Die FDP-Fraktion sieht pauschale Zuschüsse als problematisch an und würde in vielen Bereichen einer individuellen und bedarfsgerechten Subjektförderung den Vorrang geben. Die vielen Beratungspunkte und die doch relativ kurze Zeitspanne bis zur Verabschiedung des Haushaltes haben uns aber nicht daran gehindert, hier intensiv in die Einzelprüfung einzusteigen, so dass wir auch hier dem Kompromiss der Kürzung um 20% zugestimmt haben. Diese Punkte werden bei uns aber auf der Tagesordnung bleiben. Hier werden wir uns für eine Umgestaltung des Systems zur Vergabe von Zuschüssen einsetzen.

Bei allen Bemühungen um Einsparpotentiale ist ein Kostenblock nur sehr langsam zu reduzieren. Ich spreche hier von den Personalkosten, die in der Planung bis 2017 zwar einen geringeren Anstieg aber keine Reduzierung vorsieht. Hier begrüßen wir die Planungen des Bürgermeisters und des Kämmerers durch Zusammenlegung von städtischen Einrichtungen und der Neuorganisation der Verwaltung, Einsparungen zu erzielen. Sollen doch diese Maßnahmen auf der einen Seite dazu führen, dass die Verwaltung mittelfristig ihre Personalkosten senkt. Auf der anderen Seite sind die Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt als gering anzusehen. Teilweise ergeben sich für die Nutzer sogar Vorteile, wie bei den Stadtteilbüros und Stadtteilbüchereien. Hier werden zwar die Öffnungszeiten reduziert, richten sich aber auf Grund der Zeiten in den Abendstunden und am Samstag mehr am Nutzungsverhalten der Bürger aus. Diese Effizienzsteigerungen und damit einhergehenden Personalkostenreduzierungen müssen sich aber auch tatsächlich in den Aufwendungen der nächsten Jahre widerspiegeln. Hier muss die Verwaltung unter Beachtung der Betriebsvereinbarung, die betriebsbedingte Kündigungen ausschließt, vermehrte Anstrengungen zum tatsächlichen Personalabbau unternehmen.

Die FDP-Fraktion wird darum in der näheren Zukunft darauf achten, dass die angedachten Personalreduzierungen auch wirklich umgesetzt werden.

Im Hinblick auf unsere Zustimmung zur Erhöhung der Grundsteuer bitten wir alle Bürgerinnen und Bürger um Verständnis. Ohne diese Einnahmeerhöhung wären weitere drastische Einschnitte in der Leistungsstruktur der Stadt Velbert notwendig geworden. Wer sich für eine möglichst gute Infrastruktur - auch für die Bürgerinnen und Bürger – ausspricht, der muss auch bereit sein, die notwendigen Einnahmen zu ermöglichen.

Trotz mancher schmerzlicher Einschnitte blicken wir mit Zuversicht in die Zukunft.

Die bisher mehrheitlich durch den Rat der Stadt auf den Weg gebrachten Projekte zur Velberter Innenstadtentwicklung werden von uns ohne Abstriche mitgetragen. Das geplante Marktzentrum, die Wiederbelebung der Hertie-Immobilie, sowie weitere öffentliche und private Projekte im Bereich der Innenstadt werden dazu führen, dass die Attraktivität unserer Stadt wesentlich erhöht wird. Damit wird die Lebensqualität verbessert und wird außerdem zu einer Steigerung der Einnahmenseite des städtischen Haushaltes führen.

Auch die allgemein prognostizierte wirtschaftliche Belebung wird nach meiner Auffassung dazu beitragen, dass unsere Heimatstadt im grünen Bergischen Land eine lebenswerte Alternative zu den umliegenden Großstädten sein wird. Mein Dank geht an Bürgermeister Stefan Freitag und Kämmerer Sven Lindemann, sowie an den Verwaltungsvorstand und an alle Mitarbeiter, die an der Erstellung der Haushalte mitgewirkt haben. Die FDP-Fraktion bescheinigt ihnen große Sachkenntnis und viel Fingerspitzengefühl bei der schwierigen Abwägung der Maßnahmen zur Erreichung des Sparzieles .

Meine Darlegungen möchte ich abschließen mit der Zustimmung der FDP-Fraktion zu den vorliegenden Haushalten 2010 / 2011, im Konsens mit den Entscheidungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 16.11.2010.

Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Leidensgenossen, wir alle haben ein hartes Jahr hinter uns. Ich möchte mich bedanken für die dennoch gute und konstruktive Zusammenarbeit über fast alle Fraktionsgrenzen hinweg.

Ebenso bedanke ich mich bei den Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Trotz der vielen Arbeit, an der wir nicht immer ganz unschuldig waren, trotz der allgegenwärtigen Personalknappheit und den großen Herausforderungen, waren Sie immer für uns ansprechbar.

Es ist üblich, die Haushaltsrede nach Fachbereichen zu gliedern. Stadtplanung, Bildung, Soziales und so weiter.

Das klingt fachmännisch, das klingt staatsmännisch. Das klingt so, als ob wir hier große Pläne und Richtungsentscheidungen für die Zukunft unserer Stadt entwickelt hätten. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Zukunft unserer Stadt wurde behandelt wie ein Steinbruch. Verhandelt wurde nur darüber, welche Steine herausgebrochen werden sollen.

Deshalb von uns heute keine Rede nach Fachbereichen, sondern grundsätzliches.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir haben gründlich über diesen Haushalt beraten. Und wir hätten gern eine Lösung für die Velberter Finanzprobleme gehabt.

Klar ist aber: Velbert kann den Velberter Haushalt nicht sanieren.

Die Gründe für die Velberter Misere liegen in der ungerechten Umverteilung von Einnahmen und Aufgaben zu Ungunsten der Kommunen in den letzten Jahrzehnten.

Immer wieder wurde das Konnexitätsprinzip verletzt. Auf Landes oder Bundesebene wurden Beschlüsse gefasst, für deren Umsetzung die Kommunen aufkommen mussten.

Gleichzeitig wurden die Einnahmequellen der Kommunen immer weiter ausgetrocknet. Selbst heute noch wird aus der FDP die Abschaffung der Gewerbesteuer gefordert.

Das Gegenteil wäre richtig: Die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzsteuer, wie es der Landtag NRW in einer auf Antrag der Linken beschlossenen Resolution fordert.

Ohne ausreichende finanzielle Mittel gibt es keine kommunale Selbstverwaltung, die diesen Namen wert ist.

Die kommunale Selbstverwaltung wird aber vom Grundgesetz garantiert. Deshalb haben wir für heute einen Antrag auf Prüfung einer Verfassungsklage eingereicht. Eine ähnliche Resolution wurde z.B. bereits in Duisburg verabschiedet.

Das ist durchaus chancenreich, wie verschiedene laufende oder bereits abgeschlossene Verfahren zeigen. Allein das Urteil zur Finanzierung der U3 Betreuung wird für Velbert eine Entlastung von über einer Million Euro bringen.

Wer hier sagt, das Geld sei nicht da, vergisst, welche Milliardenbeträge im letzten Jahr den Banken eifertig zur Verfügung gestellt wurden.

Die Kommunen sind hoch verschuldet. Ja bei wem denn? Sind die Gläubiger denn nicht eben jene Banken, die mit dem 500 Milliarden Rettungsschirm aus der selbst gegrabenen Grube gezogen wurden?

Wäre es zuviel verlangt gewesen, den Rettungsschirm mit einer Entschuldung der Kommunen zu verbinden?

Seit mehr als 10 Jahren lebt Velbert unter Haushaltssicherungskonzepten und es geht weiter abwärts. Nun sollen noch für die 300 Tropfen auf heißen Steinen, die der Rettungsschirm der Landesregierung in Aussicht stellt, weitere Kürzungen zur Vorbedingung gemacht werden.

Kein Kind könnte dazu gebracht werden, immer wieder Gehorsam zu zeigen, um dann weitervertröstet zu werden. Aber Erwachsene scheinen dazu bereit zu sein.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich kann hier nur nochmals nachdrücklich für unseren Antrag zur Prüfung einer Verfassungsklage werben.

Alles andere, was wir hier beschließen, kann bestenfalls ein Versuch sein, die Folgen dieser Rahmenbedingungen abzumildern.

Was hier nun vorliegt, ist aber genau das, was der Kommissar der Aufsichtsbehörde auch verordnen würde: Sparen, Kürzen, Aufgeben.

Wenn wir dies nun selber tun, was haben wir gewonnen? Wen kümmert es, wer das Richtbeil schwingt, das unseren Hals trifft?

Ein Haushaltssicherungskonzept, dem wir zustimmen könnten, dürfte nicht nur den Haushalt sichern. Es müsste die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt sichern.

Das tut das vorliegende Haushaltskonzept nicht. Im Gegenteil! Gekürzt wird bei der Jugend, bei der Bildung, beim Sport.

Aufgegeben werden ein Freibad, eine Stadthalle und mehrere Buslinien.

Gestrichen werden Mittel für Beratungsstellen, für den offenen Ganzttag, für die Flüchtlingskinderbetreuung, für Vereine aller Art.

Gestrichen werden die Hoffnungen der Mehrheit auf eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Diese Aufzählung ist nicht vollständig.
Aber sie zeigt das Entscheidende:
Die Haushaltspolitik geht in die falsche Richtung.

Klar war deshalb, dass wir uns nicht am Wettlauf um zusätzliche Kürzungsvorschläge beteiligen würden. Unsere Vorschläge gingen in eine andere Richtung.

Die Schwimmbäder besser bewirtschaften, durch Werbung und Sponsoring, anstatt sie scheinbarweise zu schließen.

In dezentrale Sportstätten investieren, statt ein Großprojekt auf die Müllkippe zu setzen. Ein Gelände, das sich nebenbei bemerkt mit dem grade in Bau befindlichen Autobahnanschluss nach Düsseldorf hervorragend als Gewerbegebiet nutzen ließe.

Gewinne zur Finanzierung heranziehen, statt Mieten zu belasten.

Mit einem Freizeitpass Besucher nach Velbert locken, statt mit einer „Velbert Card“ Preiserhöhungen für Besucher zu kaschieren.

Im Energiesektor ökologisch und ökonomisch sinnvoll investieren, um langfristig Gewinne zu erzielen.

Mit diesen Vorschlägen wäre es möglich gewesen, viele Härten abzufedern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Leider wurden unsere Vorschläge zum größten Teil abgelehnt, ausgebremst oder verschleppt.

Eine Chance nach der Anderen hat der Rat verstreichen lassen.

Fast könnte man den Eindruck bekommen, die Kürzungscoalition von CDU, FDP, Velbert Anders und SLB wolle möglichst viele Einrichtungen schließen.

Wenn hier zum Beispiel für einen noch völlig ungeklärten Spareffekt, schätzen wir ihn einmal auf 60.000 Euro jährlich, eine der wichtigsten langenerger Freizeiteinrichtungen geschlossen wird, während andernorts Millionen verbaut werden, fragen wir uns: Was hoffen Sie, damit zu erreichen? Glauben Sie denn wirklich, mit so etwas den velberter Haushalt zu sanieren?

DIE LINKE. kann keinem Haushalt zustimmen, der bei den Schwachen kürzt und die Starken ungeschoren lässt. 4

Nicht einmal an die Gewerbesteuer hat man sich herangetraut! Dazu haben wir für heute nochmals einen Antrag eingereicht.

Auch zur Rettung des Nizzabads und der Stadthalle werden wir einen weiteren Anlauf machen.

Die Schließung des Lehrschwimmbeckens Nierenhof halten wir für völlig sachfremd und undiskutabel.

Wir appellieren damit an die anderen Fraktionen sich zu besinnen und jetzt, im letzten Moment, noch einige Härten abzuwenden.

Da es aber grundsätzlich nicht gelungen ist, diesem Haushalt eine auch nur annähernd soziale Stoßrichtung zu geben, wird für uns am Ende gelten:

DIE LINKE. lehnt diesen Haushalt ab!

Gerda Klungenfuß, Vorsitzende der UVB-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

dies heute ist keine Haushaltsverabschiedung im eigentlichen Sinne, vielmehr soll heute eine „Mangelhaushaltsverabschiedung“ vorgenommen werden.

Die UVB-Fraktion mahnt schon seit 1999 bei jeder Haushaltsverabschiedung alle Beteiligten, auch wirklich zu sparen, damit der Substanzverlust in den Folgejahren verhindert werden kann.

Leider wird aber nach wie vor über die Verhältnisse gelebt!

Als absoluten Hohn empfinden wir die Planung des neuen Sportzentrums. Sicherlich können sich alle an unseren Protest bei der Grundsteinlegung erinnern.

Das NKF wurde zwar eingeführt – mit weitreichenden Folgen. Doch die Umstellung auf eine kaufmännische Buchführung genügt nicht, es muss auch kaufmännisch gedacht werden!

Solange mehr Geld ausgegeben, als eingenommen wird - solange wird es mit den städtischen Finanzen abwärts gehen!

Seit dem Sommer liegt uns ein Hundertpunkteplan der Verwaltung vor. Die Politik hat ihn abzuarbeiten. Wenn eine Position nicht gewünscht wird, hat die Politik gefälligst Deckungsvorschläge zu machen! Sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Politik in Velbert arbeitet ehrenamtlich. Was Sie der Politik abverlangen, gehört in einen Hauptberuf!

Da die UVB es gewagt hat, zu den von der Verwaltung gemachten Sparvorschlägen eigene Vorschläge zu machen und diese auch als Anträge an die Verwaltung zu schicken, wollten Sie uns „abstrafen“!

In einer 12-stündigen Mammutsitzung hier im Ratssaal mussten ganze 167 Punkte abgearbeitet werden! Dies hätte man sicherlich auch anders machen können!

Das Protokoll dieser Mammutsitzung liegt erst seit gestern Abend (29.11.2010) vor. Wieder wird von uns eine Riesenleistung verlangt; denn in nur einem Tag sollen nun alle Ergebnisse kontrolliert und für die heutige Ratssitzung aufgearbeitet werden!

Na - mit uns können Sie es ja machen!

Wir wissen, dass es sehr vielen hier im Hause nicht gefällt, dass nunmehr acht Fraktionen diesen Stadtrat ausmachen. Aber glauben Sie nicht, dass Sie uns madig machen können!

Allerdings habe ich bei den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss eines vermisst: die Opposition von Velbert anders - Herr Tonscheid, wo ist Ihre Opposition geblieben??

Ließen Sie doch in der Vergangenheit keine Gelegenheit verstreichen, die Verwaltung auf Versäumnisse aufmerksam zu machen und ihr Versagen vorzuwerfen, gehen Sie nun mit Ihrer Wählergemeinschaft in die große Koalition von CDU, FDP und SLB ??? Nicht mehr *Velbert anders*, sondern *Velbert angepasst*????

Es gab bei den Abstimmungen im Haupt- und Finanzausschuss ungewohnte Koalitionen z.B. Bürgermeister und die Bündnis 90/Grünen stimmten gemeinsam gegen alle anderen.

Herr Bürgermeister , meine Damen und Herren,

zwei wichtige Themen stehen heute neben sehr vielen anderen zur Abstimmung:

das ist einmal die Schließung der Stadthalle Neviges. Diese Maßnahme entlastet unseren städtischen Haushalt 2010/2011 allerdings nicht um einen Euro! denn das Haus muss ja weiterbetrieben werden, bis das Tanz-Sport-Zentrum eine neue Bleibe hat. Dies wird ja sicher noch zwei Jahre dauern! Aus diesem Grund haben wir den Antrag gestellt, dieses Thema noch um ein Jahr zu verschieben um zu sehen, ob sich noch eine andere Lösung finden lässt; denn den Neubau eines Veranstaltungshauses im Umfeld des Schlosses Hardenberg sehen wir in der nahen Zukunft nicht! Vielmehr sollte man daran arbeiten, dass das bestehende Gebäude nicht noch mehr vernachlässigt wird. Getreu dem Motto: Das kommt ja sowieso weg!

Zum Zweiten geht es uns, wie sie alle wissen, um den Erhalt des Nizzabades in Langenberg.

Die UVB-Fraktion hat sicher bei dem Punkt:

Antrag auf Erhalt des kompletten Nizzabades,
noch einiges zu sagen!

Nur hier schon soviel: Die Schließung des Freibades ist ein völlig unsinniges Vorgehen. Mit keinem Wort ist darüber geredet worden, was denn hierbei wirklich eingespart werden kann. Im Übrigen spart die Stadt nichts. Betreiber sind nämlich die Stadtwerke!

Die UVB möchte jetzt und hier die Gelegenheit wahrnehmen, Ihnen unsere Einstellung zum Thema

„Kirchturmdenken“ näherzubringen.

Dieses Kirchturmdenken wird uns immer vorgeworfen. Bedenken Sie aber bitte was wir, die ‚Nevigeser‘ und die ‚Langenberger‘ Bürger alles in ehrenamtlicher Arbeit zustande bringen!

Als leuchtendes Beispiel seien hier die Bürgerbusvereine genannt!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lassen Sie die Menschen in den drei Stadtbezirken die Probleme lösen!

In den Stadtbezirken weiß man, wo der Schuh drückt! Man weiß, was unter den Nägeln brennt!

Man kennt sich!

Man hilft sich uneigennützig!

Wenn sich jeder dort einbringt, wo er die Probleme spürt, wird ihm Kirchturmdenken vorgeworfen. Haben wir in Mitte vielleicht zu wenige Kirchtürme?

Die UVB-Fraktion möchte hier auf keinen Fall den Eindruck hinterlassen, dass ihr Velbert-Mitte egal ist. Vielmehr wollen wir zum Ausdruck bringen, dass wir uns einen ausgewogenen Mix in allen drei Stadtbezirken wünschen. Jeder Stadtbezirk hat sein urbanes Eigenleben. Diese Besonderheiten wollen wir nicht zerstören. Sie sind mit der Zeit gewachsen. Während Velbert-Mitte ein Mittelzentrum mit viel Schloss- und Beschlag-Industrie ist, glänzen die Stadtbezirke Langenberg und Neviges mit Kultur, Büchern und Wallfahrt.

Auch die Freizeiteinrichtungen in unserer Stadt können sich sehen lassen! Sie müssen aber auch erhalten bleiben.

Aber es sei auch eine genauere Betrachtung erlaubt:

Warum muss die Werbegemeinschaft in Velbert-Mitte von der VMG geführt werden? Schafft es so ein großer Stadtbezirk nicht allein? In Neviges und Langenberg ist das möglich. Diese Werbevereinigungen werden ehrenamtlich geführt! Das kostet die Stadt einen Bruchteil von dem, was für den Stadtbezirk Velbert-Mitte eingesetzt wird!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir werden als kinderfreundliche Kommune bezeichnet! Dann bitteschön sollten wir auch eine kinderfreundliche Kommune sein! Viele Kürzungen im Jugendbereich und im Bereich der Ehrenamtlichkeit sind völlig unausgewogen! Mit einer linearen Kürzung von 10% in allen Bereichen wäre sicher mehr zu erreichen, als unterschiedliche und ungerechte Kürzungen. Das ist den Bürgern auch besser zu vermitteln! In der Nachbargemeinde Solingen haben die Bürger durch sehr gute Vorschläge den Haushalt gerettet. Wir sind der Ansicht, dass es mit gutem Willen auch in Velbert möglich sein sollte! Wir wünschen uns nichts mehr, als einen genehmigungsfähigen Haushalt!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wie kommen Sie auf die Idee, die Stadtbezirke aufzugeben? Soll das jetzt preiswerter werden? Überdenken Sie doch einmal nur die Kosten für die Änderung der Wegweisung. Das wenige Personal, das in den Stadtbezirken vorgehalten wird, muss anderweitig beschäftigt werden. Wir sparen dadurch nicht einen Cent. Mit der Auflösung der Stadtbezirke wollen Sie doch nur erreichen, dass die Bezirksausschüsse abgeschafft werden. Was sollen Bezirksausschüsse, wenn es keine Stadtbezirke mehr gibt? Ist es Ihr verstecktes Ziel, den Bezirksausschüssen den Garaus zu machen! Hat man die Mitbürger in den Stadtbezirken gefragt, ob sie das überhaupt wollen? Soweit wir wissen, ist an dem Beschluss, die Stadtbezirke aufzugeben, kein Bezirksausschuss beteiligt worden. Diesem Unsinn werden wir auf gar keinen Fall zustimmen. Zur Änderung einer Hauptsatzung bedarf es wohl einer längeren Vorlaufzeit. Eine Änderung der Hauptsatzung sollte in einem ordnungsgemäßen Verfahren unter Beteiligung der Bezirksausschüsse und des Hauptausschusses erfolgen!

In vielen Dingen kann die UVB-Fraktion dem Haushaltsentwurf 2010/2011 zustimmen. Da wir aber u.a. die Investitionen für das neue Sportzentrum immer noch für überdimensioniert halten, wir die Kürzungen in vielen Bereichen ungerecht finden, der Sparwille der Verwaltung für uns nicht klar erkennbar ist, unsere Sparvorschläge nicht beachtet wurden und Sie uns die Stadthalle und das Freibad im Nizzabad nehmen wollen, werden wir dem vorliegenden Haushaltsplan **nicht zustimmen**.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Helmut Stiegelmeier, Vorsitzender der SLB-Fraktion

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

nirgendwo wird Politik so unmittelbar wahrgenommen wie vor Ort, in der eigenen Kommune. Es geht also um die Ganze, wenn jetzt eine Stadt oder Gemeinde dicht vor dem Verlust ihrer kommunalen Selbstverwaltung steht.

Als ich mich mit der diesjährigen Haushaltsrede auseinandersetzte, galt der erste Blick den Reden aus den Vorjahren. Dabei fiel mir dann auf, dass ich im Grunde keine neue Haushaltsrede verfassen müsste, weil genauso gut die Reden aus den Vorjahren verwendet werden könnten.

Das liegt daran, dass sich die wirtschaftliche Situation der Gemeinde Velbert nicht verbessert hat, sondern schlechter geworden ist. Die Ursachen für diese Situation sind in der Hauptsache:

1. eigene Fehler und
2. die Einflüsse von außen.

1. Eigene Fehler

Seit Jahren kritisiere ich als Fraktionsvorsitzender und Ratsmitglied die Einnahmen- und Ausgabenpolitik, mitunter auch die Personalpolitik der Stadt Velbert. In jeder meiner Haushaltsreden der letzten Jahre zeigte ich Ansatzpunkte auf, an denen man hätte sparen können.

Briefe der IHK der letzten 5 Jahre über das jeweilige Haushaltsjahr unterstreichen meine kritischen Bemerkungen.

Erlauben Sie mir Zitate vom Jahr 2008 ,2009 und 2010 vorzutragen.

IHK 2008 - Zitat „...“ Die angespannte Finanzlage der Stadt Velbert erfordert weiterhin einen strengen Konsolidierungskurs, der noch weiter intensiviert werden muss

Auf der Ertragsseite indes besteht kein Spielraum. Die Konsolidierungspolitik muss sich daher auf die Aufwandseite konzentrieren.“ Zitat ende

Zitat der IHK -März 2009 – Zitat ... „Um die Gefahr eines Nothaushaltes abzuwenden wird es auch in einem Wahljahr - spürbare Einschnitte auf der Ausgabenseite bedürfen.“ Zitat ende

IHK –Überschrift - 25 Nov. 2010 -

„Haushaltssicherungskonzept 2009 verfehlt Konsolidierungsziele „

Jahr	Ertragsstruktur	Aufwandsstruktur	Differenz
2005	144,7 Mill.€	159,7 Mill.€	Minus 15,0 Mill.€
2006	149,5 Mill.€	162,1 Mill.€	Minus 12,7 Mill.€
2010	148,2 Mill.€	192,1 Mill.€	Minus 43,9 Mill.€

Ein Blick in die alten Haushaltsbücher unterstreicht dies. Während wir im Jahr 2006 noch glaubten bald schwarze Zahlen zu schreiben, sind nun im Jahr 2010- durchgängige Defizite bis ins Jahr 2015 geplant. Noch im Haushaltsentwurf 2006 sah man mittelfristig für 2009 einen Planungsaufwand von ca. 158,6 Mill. € vor.

Hätten wir uns nur annähernd an unser damaliges Konsolidierungskonzept gehalten, so bräuchten wir heute unsere Velberter Bürger nicht so stark belasten und könnten sogar im Jahre 2011 mit 158 Mill. € einen fast ausgeglichenen Haushalt vorweisen.

Auch in meiner kurzen nachfolgenden Ausführung können Sie klar erkennen, dass der Personalabbau zwar immer wieder geplant wurde, aber es scheiterte immer am echten Willen bis heute dies umzusetzen.

Im Haushaltsplan des Jahres 2006 führt die Verwaltung einen Personalstand von 735 Mitarbeitern auf und plant eine Reduzierung bis zum Jahre 2009 auf 715,5 Mitarbeiter.

Im Haushaltsplan 2009 und 2010 führt die Verwaltung wieder einen Personalbestand von 735 auf. Dass es mit einer Verringerung des Personals in dem einen oder anderen Bereich zu einer Reduzierung des Angebots öffentlicher Leistungen kommt, ergibt sich von selbst.

Auch können wir nicht jede Fördermaßnahme annehmen, wenn wir noch anteilig etwas Geld dazu geben müssen. Dies ist auf Dauer finanziell und wirtschaftlich nicht tragbar.

Wir können uns nicht leisten, gastronomische Betriebe in städtischen Gebäuden durch überzogen aufwändige Einrichtungen und mit marktfremden Pachten zu subventionieren.

Wir lebten seit Jahren über unsere Verhältnisse.

Die beste Planung nützt nichts, wenn man sie nicht annähernd umsetzt!

Deshalb sind auch von Jan.2005 bis Dez.2010 weit über 126 Mill. € Eigenkapital verbraten und es wird bis 2015 auf ca. 3,9 Mill. € geschmolzen sein, trotz des vorliegenden HSK 2010.

In Ihrer Haushaltsrede Herr Bürgermeister Freitag vom 28. September sprechen Sie u.a. von einem harten Sparkurs und enden mit den Worten:

„Ein Weiter so“ kann, darf und wird es nicht geben.“ Zitatende

Diese Einsicht kommt weit über 5 Jahre zu spät und bestätigt leider im Nachhinein, dass die Gemeinde heute besser dastände, wenn die in der Vergangenheit von uns und der restlichen Opposition und der IHK immer wieder gemachten Vorschläge und Ermahnungen Gehör gefunden hätten.

So schleppt die Gemeinde aber seit Jahren ein strukturelles Defizit mit sich herum.

2. Einflüsse von außen

Die Kommunen in NRW haben Recht, wenn sie beklagen, dass ihnen vom Bund oder Land ständig neue Aufgaben zugemutet werden, die mit hohen Kosten verbunden sind, für die ihnen aber kein finanziell ausreichender Ausgleich gewährt wird.

Gerade die jetzige Bundesregierung hat durch ihre unsinnige Klientel-Politik - **Wachstumsbeschleunigungsgesetz**- genannt, erheblich zur Finanzkrise der Kommune beigetragen.

Mein Fazit: „ **Der Bund hat sich auf Kosten seiner Gemeinden teilsaniert**“

Sehr geehrte Damen und Herren,

bis eine „Neuorganisation der Gemeindefinanzierung auf Bundesebene“ erfolgt, stehen wir Ratsmitglieder in der Pflicht, zum Wohle der Gemeinde zu handeln, um das Schlimmste zu verhindern. Deshalb sollte eigentlich in diesem Hause der Wille zu Einsparungen, da wo es möglich und notwendig ist, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen, oberstes Gebot sein.

Denn Haushaltspolitik ist auch Stadtpolitik

Wir, die SLB-Fraktion, haben die vor Monaten vorgelegten Entwürfe unseres Stadtkämmerers mit ihren 100 Positionen für das HSK Haushaltsjahr 2010/2011 als Grundlage für unsere Haushaltsklausurtagung genommen und tragen heute dem Rat in Anbetracht meiner kurzen Redezeit nur ein paar Anregungen und Bemerkungen vor.

Bevor ich aber nun darauf eingehe, möchte ich mich bei der Verwaltung, dem Stadtkämmerer Herrn Lindemann und seinem Team für diese nicht ganz einfache Arbeit danken.

Meine Damen und Herren,

Da der Personaletat einer der größten Kostenfaktoren des städtischen Haushalts darstellt, sind wir der Überzeugung, dass hier mehr möglich ist, als der Entwurf des HSK des Kämmerers vorsieht. Bürgermeister Freitag fordert von uns einen **harten Sparkurs** in seiner Haushaltsrede, wir sind dazu bereit und sehen u. a. für die VMG (Velbert Marketing Gesellschaft) so keine Überlebenschance, deshalb fordern wir, die finanzielle Unterstützung auf null zu fahren und die Aufgabenstellung der Wirtschaftsförderung zu übertragen!

Diese Maßnahme ist nicht kurzfristig angelegt, sondern wird erst mittelfristig zur Entfaltung gelangen. Gleichwohl ist es wichtig, bereits jetzt damit zu beginnen, damit uns der Weg in die Zukunft gelingt.

Auch Velberter Bürger sehen dies, siehe Ihre Sparvorschläge unter Punkt 144. Bedauerlicher Weise informierte in ihrer Erläuterung die Verwaltung die Bürger falsch zu diesem Vorgang.

Ein „Weiter so“ in diesen wirtschaftlichen schweren Zeiten wäre unverantwortlich. Auch geht die Stellungnahme der Verwaltung am eigentlichen Thema vorbei. Die Frage lautet einfach: Können wir uns noch so einen Luxus-Apparat von VMG + Wirtschaftsförderung in Velbert leisten. **Ich meine: nein!**

Ich sehe nur, dass es der Ratsmehrheit sehr an Mut und konsequentem Handeln mangelt, denn sonst hätten sie diesem Antrag im Hauptausschuss zugestimmt.

Selbstverständlich müssen auch die Fraktion und die Ratsmitglieder einen Konsolidierungsbeitrag leisten. Hierzu sind wir ebenfalls bereit und deshalb gehen unsere Anträge wesentlich weiter, als die Vorschläge des Kämmerers.

Bedauerlicherweise ist u. a. unser Antrag im Haupt- und Finanzausschuss - „die Streichung der Übernachtungskosten für die Fraktionen“ - gescheitert.

Ein echter Sparwille meiner Kollegen war da für mich nicht ersichtlich. Ginge es nach der SLB, so würden wir gerne „sämtliche Erstattungsbeschlüsse bei Klausurtagungen der Fraktionen auf null fahren“, dazu gibt es aber leider keine Mehrheit im Rat !.

Wir alle, d. h. die Verwaltung, die Politiker und die Bürger der Stadt sollten die Tatsache, dass die derzeitige Finanzlage der Stadt die Gestaltungsmöglichkeit erheblich eingeschränkt hat, zur Kenntnis nehmen. Jeder müsste dann zur Einsicht kommen. Dass dem einen oder anderen Wunsch, sei er den Bürgern auch noch so wichtig, nicht entsprochen werden kann.

Genau das sehen wir, die Wählergemeinschaft Sozial Liberale Bürger so bei dem Wunsch der Instandsetzung der Stadthalle Neviges. Die Kosten für die Instandsetzung sind im Vergleich zu anderen Möglichkeiten außerordentlich hoch. Wenn knappe Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen, sollte man diese am effektivsten einsetzen.

Im Gegensatz zur Stadthalle Neviges halten wir unter gewissen Bedingungen das Nizza-Bad-Langenberg für haltenswert.

1. Umwandlung des Bades in ein Ganzjahresbad mit Schließung der Außenanlage
2. Moderate Preiserhöhung
3. Umgestaltung der Öffnungszeiten, mehr nach Bedarf des Kunden d.h. z.B. Sonntagnachmittag geöffnet!

Liebe Velberter Bürgerinnen und Bürger,

wie ernst es den heutigen Ratsmitgliedern in Punktum „Sparen“ und „Personalabbau“ wirklich ist, können Sie an Ihrem heutigen Abstimmungsverhalten zu unserem SLB Antrag Vorlage 521/2010 - „Nutzung Schloss Hardenberg“ erkennen. Denn dieser Antrag gehört eigentlich zum Punkt - HSK 2010/11

Die SLB fordert nämlich **die Rücknahme des Beschlusses**, im Schloss Hardenberg ein **„Erlebnismuseum für rheinische Alltagsgeschichte“** kurz ERA zu errichten.

Denn wirbürden den Bürgern Abgabenerhöhungen auf's Auge und sie müssen sogar auf diverse Leistungen der Stadt verzichten. Auf der anderen Seite möchte die Mehrheit dieses Rates, trotz Wissens unserer maroden finanziellen Haushaltslage, ein zweites Museum umsetzen, was noch ca. 900 TSD € Entstehungskosten aufweist und jedes Jahr mit über 300.000 € bezuschusst werden muss. (bei 20.000 Besuchern /Jahr)

Wir sagen nein zu dazu!

Es ist schon Luxus pur in unserer heutigen Lage ein Museum zu unterstützen, aber ein zweites aufzunehmen ist **unverantwortlich!**

In Anbetracht unserer Haushaltslage müssen wir bis 2017 laut HSK-Plan -70 Vollzeitstellen abbauen und die Mehrheit des Rates plant im Gegenzug für ein nicht lebensnotwendiges Museum den Personaletat wieder aufzubauen. Dies ist und wäre kontraproduktiv!

Wir können nicht auf der einen Seite drastische Sparmaßnahmen umsetzen, wie wir Schulen und ein Bad schließen wollen, das aus wirtschaftlichen Gründen und Sichtweise nachvollziehbar ist, aber im Gegenzug wollen Sie ein **unwirtschaftliches** zweites Museum zum Leben erwecken.

Meine lieben Ratskolleginnen und Kollegen,

Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man unterlässt.

Ich meine, wir sollen in Zukunft das Wunschkonzertspiel im Rat unterlassen und nur kleine Brötchen backen.

Wir haben in der Vergangenheit viel zu viele Wunschkonzerte gehabt, wie z.B. : die Konzeption eines Rheinischen Fotografie Museums - Kostenpunkt ca. 23.000 € oder Planung eines 4 Sterne Hotels + VHS Neubau am Forum oder die Kinder- u. Jugendakademie, das Sport-Tal usw. Diese Wunschkonzerte haben uns viel Zeit und Geld gekostet und ansonsten nichts gebracht.

Auch ist es uns wirklich nicht leicht gefallen, dem Verwaltungsvorschlag zu folgen und eine Erhöhung der Grundsteuer B zu beschließen. Denn Steuererhöhungen und Gebührenanpassungen nach oben, sind unseres Erachtens keine geeigneten Maßnahmen, um unsere Stadt auf Dauer wettbewerbsfähig zu erhalten - Auch wenn sich im Einzelfall nicht darauf verzichten lässt.

Verantwortung bedeutet auch, den Willen und die Fähigkeit zur Kontrolle und Steuerung zu besitzen. In der Vergangenheit hat der Rat ein Stück weit diese Verantwortung in Bezug auf die Beteiligungsgesellschaften aus der Hand gegeben.

„Die Stadt ist beteiligt, aber der Rat hat fast nichts mehr zu sagen.“

Gleichwohl geht es nicht nur um die Beteiligungsunternehmen. Wir alle stehen in der Verantwortung, mittelfristig den enormen Schuldenberg abzubauen.

Den Versuch die Zinslast zu verringern, bedeutet in die Zukunft zu investieren.

Denn es geht um die Menschen in dieser Stadt- es geht um den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft. Wir, Sozial Liberale Bürger, sind von jeher der Auffassung, dass man öffentliche Gebäude in einem ordentlichen baulichen Zustand erhalten muss. Deshalb ist es nur folgerichtig, hier den Rotstift nicht so stark einzusetzen.

Gleichzeitig wird als Kompensation vorgeschlagen, die Vermarktung der nicht mehr genutzten städtischen Immobilien zu verbessern und die Potenziale, die der Konzern Stadt bietet, besser zu nutzen. So werden Kosten für Sicherung leer stehender Gebäude reduziert und zusätzliche Einnahmen erzielt.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Velbert ist es ebenso erforderlich, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Nur so wird es gelingen, die Stadt attraktiv für Menschen, Wirtschaft, also Handel, Dienstleistungen und Industrie zu halten. Deshalb möchte ich erneut dafür werben, was ich eingangs bereits erwähnt habe. Es ist vor allem die Ausgabeseite des Haushalts zu betrachten.

Künftige Anpassungen von Steuern und Gebühren müssen sehr behutsam erfolgen. Niedrige Steuern sind kein Selbstzweck gleichsam müssen wir bei allem, was wir tun auch unsere Wettbewerber im Auge halten, wenn wir auch in Zukunft aktiv gestalten wollen –

Auch wenn unsere Ideen und Anträge nicht ganz umgesetzt wurden, werden wir uns trotzdem der Verantwortung nicht entziehen.

Die SLB-Fraktion wird dem Doppelhaushalt 2010/2011 zustimmen, da es das erste Mal seit mehr als 10 Jahren - solange bin ich nun im Rat dabei - ein ernsthafter Schritt von der Verwaltung getan wurde, das Ergebnis der Gemeinde nachhaltig und langfristig zu verbessern. Das bedeutet, wirklich sinnvoll und für den Bürger nachvollziehbar zu sparen, um damit mittelfristig die Finanzen der Stadt Velbert auf eine solide Basis zu stellen.

Das heißt auch, vor uns liegt noch ein steiniger Weg und wir unterstützen voll und ganz die Stellungnahme der IHK dazu, mit ihrem Resümee zum Haushalt 2010/2011

„Verhinderung der Überschuldung ist wichtigstes Ziel,“

Bürgermeister Freitag hat seine Rede mit Kurt Schumachers Satz begonnen; ich werde meine Haushaltsrede damit beenden, welcher da lautet:

„Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit“

Mit der Hoffnung, dass wir in Zukunft dies auch umsetzen!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.